

GEWERKSCHAFTLICHE MONATSHEFTE

Zeitschrift für soziale Theorie und. Praxis

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

1. JAHRGANG

JUNI 1950

HEFT 6

Ludwig Rosenberg

EINE IDEE BESCHÄFTIGT DIE WELT

Am 9. Mai 1950 übergab der französische Gesandte in London am frühen Nachmittag dem britischen Außenminister Bevin und dem Außenminister der USA, Acheson, eine Zusammenfassung der Rede, die der französische Außenminister Schuman genau drei Stunden später auf einer Pressekonferenz hielt. Dies war der erste offizielle Schritt der französischen Regierung, ihre beiden Alliierten von dem beabsichtigten Vorgehen zu unterrichten. Drei Stunden später verbreiteten die Nachrichtenagenturen, der Welt die bedeutsamen Darlegungen Schumans über eine wirtschaftliche Montanunion, die er für Frankreich und Deutschland vorschlug.

Der „Schumanplan“ war geboren. Unorthodox und ganz abseits der „klassischen Methode“ der Diplomatie wurde dieser Vorschlag Europa und der Welt unterbreitet. Er war plötzlich da - und zwang alle, die sich Schicksal ihrer Völker und der Welt angelegen sein lassen, Stellung zu nehmen.

Die Reaktion auf den Vorschlag Schumans war zunächst ebenso spontan wie sein Bekanntwerden. Zwischen krasser Ablehnung und ungeteilter Zustimmung gab es kaum Nuancen. Erst allmählich gruppierten sich die Fronten, und es ist vielleicht nicht uninteressant, sie einmal in ihrer Gegensätzlichkeit und Vielgestalt aufzuzeigen. Die Weltpresse, das Barometer der öffentlichen und offiziellen Meinung, registrierte sie mit gewohnter Schnelle.

Zunächst die klaren und unbedingten Gegner des Vorschlages: Einheitlich in allen Ländern erklärten die Kommunisten ihre Gegnerschaft, wenn auch mit reizvollen Varianten. Während die ostzonale „Tägliche Rundschau“ erklärte, dass Schuman die Pläne der Wallstreet und Washingtons brutal klargelegt habe und man Europa - und besonders Westdeutschland - nunmehr ganz offen von der USA aus zu beherrschen und zum Kriege zu benutzen beabsichtige, meinten die der kommunistischen CGT angeschlossenen französischen Bergarbeiter- und Metallarbeiterorganisationen, dass die Kapitalisten Frankreich unter die Vorherrschaft Westdeutschlands bringen wollten und der Plan die Gefahr der Stilllegung zahlreicher französischer Bergwerke und Fabriken Frankreichs zu Gunsten Deutschlands mit sich bringe. Der kommunistische „Daily Worker“ betonte, dass man die Absicht verfolge, die alten Nazi-Schlotbarone wieder in ihre wirtschaftlichen Schlüsselstellungen einzusetzen. So weit die Kommunisten.

Aber auch andere Gegner des Planes treten auf, und ihre Ablehnung ist nicht weniger kategorisch als die der Funktionäre Moskaus - wenn auch mit ganz entgegengesetzten Begründungen.

Der „Daily Express“ des Lord Beaverbrook, ein rechtskonservatives englisches Blatt, sagt nicht mehr und nicht weniger als dass die Annahme dieses Planes das Ende der englischen Unabhängigkeit bedeuten würde. Und die „Financial Times“, eine einflussreiche Zeitung der Londoner City, weist auf die Gefahren hin, die darin bestehen könnten, dass man mit diesem Plan europäische wirtschaftliche Machtzusammenballungen kartellähnlicher Art schafft, die den amerikanischen Wirtschaftsanschauungen nicht genehm sein könnten und daher ausländische Investitionen erschweren könnten.

Während Kommunisten und reaktionäre Konservative sowie gewisse Gruppen der Industriellen, insbesondere der Stahl- und Bergbauindustrie, in allen Ländern entweder sehr entschieden gegen den Vorschlag auftreten oder doch mehr zur Ablehnung als zur Zustimmung neigen, treten Demokraten aller Schattierungen und Sozialisten in eine sachliche Diskussion über die Einzelheiten des Vorschlages ein.

Der Konservative Anthony Eden, Englands früherer Außenminister, erklärte bereits vier Tage nach Schumans Rede: „Wir müssen aktive Partner in der europäischen Firma sein“; und der französische Sozialist Andre Philip sagte in Lille: „Der Schumanplan geht in Richtung der Planwirtschaft. Er bedeutet die offene Schlacht zwischen einer öffentlichen Verwaltung der Stahl- und Bergbauindustrien und einem neuerrichteten privaten Kartell ...“ Die französischen Sozialisten sprechen sich für den Plan und die Einbeziehung Englands aus. Die demokratische Force Ouvrière (Gewerkschaften) bejahen den Plan und verlangen Beteiligung der Arbeitnehmerschaft. Die „Washington Post“ sieht keine unüberwindbaren Gegensätze für die Gewerkschaften, da sie alles andere als Gegner einer solchen Idee sind und auch die Befürchtung einer übertriebenen Kartellisation nicht besteht. „Times“ und „Daily Herald“ (Letztere das offizielle Organ der Labour Party) äußern sich freundlich, und „Monde“ beschwört die Völker Europas, nicht wieder in entscheidender Stunde zu versagen. England solle sich nicht in seiner ängstlich vorsichtigen Haltung festrennen, die man überall dort einnehme, wo internationale Organisationen nicht von Sozialisten beherrscht würden. Hier biete sich der Labour-Regierung gerade eine Chance, den sozialistischen Einfluss auf internationaler Ebene zu stärken. Dasselbe gelte für die deutschen Sozialisten und für die deutschen Gewerkschaften, die in der neuen Organisation ein Wort mitzureden hätten. Eine fruchtlose Opposition, wäre daher nicht in ihrem eigenen Interesse.

Dieser kurze Überblick zeigt eines ganz gewiss: mit Ausnahme ganz weniger Gruppen in allen Ländern, die man - ganz gleich, wo sie stehen und wie sie sich bezeichnen - tatsächlich reaktionär, d. h. rückschrittlich nennen darf, hat der Schumanvorschlag eine positive Aufnahme gefunden.

Die Bedenken, die von allen Seiten aus den verschiedensten und zweifellos berechtigten Gründen geltend gemacht werden, beschäftigen sich nicht mit der Idee an sich, sondern mit ihrer Verwirklichung. Und damit sind wir bereits mitten in der praktischen Diskussion, die heute wertvoll und notwendig ist, die aber vorher - im Kreise der Diplomaten und Interessenten - sicherlich dazu geführt hätte, dass der Vorschlag nie gemacht worden wäre.

Die heutige Auseinandersetzung bewegt sich bereits auf der Ebene, aus der Idee einen praktisch wirkenden Plan zu machen, denn was Schuman vortrug, war kein Plan, sondern eine nur leicht und sogar etwas oberflächlich skizzierte Idee. Die Tatsache aber, dass sie als offizielle Politik einer Regierung unter-

breitet wurde, gab ihr weit höhere Bedeutung, als die wohl gemeinten aber ohnmächtigen Proklamationen von Bewegungen oder Gruppen.

Man sagt, die Idee ist nicht neu. Das trifft gewiss zu, denn ganz besonders in der Arbeitnehmerschaft gehört die Forderung einer wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit der Völker zu den ältesten aller Ideale. Aber wurde sie bisher verwirklicht? Hat man bisher selbst dort, wo Arbeiterregierungen die politische Macht im Staate besaßen, bewusst und kühn diese Idee durch praktische Vorschläge in die Tat umzusetzen versucht? Man könnte vielleicht auf die UdSSR verweisen, müsste man nicht gleichzeitig feststellen, dass dabei die größte Idee der Arbeiterbewegung, die der Freiheit und der Menschenwürde, bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt wurde. Ganz gleich wie wir uns zu Einzelheiten eines Planes stellen, den wir erst noch zu schaffen haben: es ist schon ein Verdienst der Franzosen, diesen entscheidenden Schritt als Erste getan zu haben. Es wurde schon viel von der Aufgabe wesentlicher Souveränitätsrechte gesprochen - praktische Vorschläge dazu hat kaum jemand bisher von Regierungsseite gemacht. Und die Ewig-Weisen, die in jeder Suppe sofort das Haar entdecken, haben mehr Rückschritt gefördert als Fortschritt geschaffen. Zunächst gilt es nüchtern festzustellen: der Schumanplan ist genau so wenig wirtschaftliche Ziele verfolgt, zu deren Verwirklichung große und umfassende Vorarbeiten zu leisten sind.

Die Idee ist einfach und schlicht: Europa geht dem sicheren wirtschaftlichen Chaos und politischen Untergang entgegen, wenn es keinen Weg einer echten und wirksamen Vereinigung findet. Diese Vereinigung ist nicht möglich, wenn alte Vorstellungen, seien sie wirtschaftlicher oder politischer Art, hemmungslos aufrechterhalten bleiben. Man muss bereit sein, politische Souveränität an eine höhere Einheit abzugeben. Man muss bereit sein, die neuen sozialen Partner auch in der Wirtschaft mitbestimmen zu lassen. Sind das nicht Gedanken, die gerade die Gewerkschaften immer vertreten haben? Ist uns das neu oder fremd, dass man sich davor zu fürchten hätte?

Gewiss ist es kein Geheimnis, dass Reaktionäre und rückschrittliche Industrielle versuchen werden, auch diese Konzeption in ihrem Sinne zu beeinflussen. Ist das verwunderlich? Es wäre töricht zu erklären, dass man abwarten solle, bis ein sozialistisches Europa entsteht, und sich in eine fruchtlose Opposition gegenüber einer Idee zu verrennen, die man selbst längst proklamierte, bevor Schuman sie zum Tenor seiner Rede machte.

Die heute als Schumanplan bekannte Idee ist ein Teil jener großen Konzeption, die wir als wesentlichste Garantie der Freiheit und des Friedens immer vertreten haben. In „New Statesman and Nation“, der sozialistischen Wochenschrift Englands, betrachtet M. Edelman es als Pflicht aller Sozialisten, aus dem Plan etwas zu machen. Und in einer Untersuchung der politischen und wirtschaftlichen Bedeutung des Planes kommt der „Economist“ zu dem Schluss, dass man aus beiden Gründen den Plan fordern müsse.

Es ist müßig, in diesem Augenblick in eine Einzeldiskussion über die Nachteile und Gefahren eines solchen Vorhabens einzutreten. Ganz gewiss hat es noch niemals ein Unternehmen gegeben, das nicht Gefahren in sich birgt. Je kühner das Vorhaben, umso größer und weitwirkender werden auch die Gefahren sein. Genau wie in der Frage der Mitbestimmung, die in den verschiedenen Ländern auf verschiedene Art von den Gewerkschaften gefordert und erreicht wird, so wird auch durch die praktische Verwirklichung des Schuman-Vorschlags eine Entwicklung ausgelöst, deren Ende wir noch nicht voraussehen

vermögen. Aber das Wissen um die Gefahr und die Gewissheit, dass auch Fehler und Fehlschläge nicht ausbleiben werden, sollten Ansporn zu erhöhter Wachsamkeit und intensivster Mitarbeit sein und bestimmt nicht Vorwand zur Abstinenz.

Die Arbeiterbewegung in der ganzen Welt befindet sich in einer Periode, in der viele jener Ideale, die sie von Anfang an vertrat, Allgemeingut geworden sind und vor ihrer praktischen Verwirklichung stehen. Man kann befürchten, dass es Kräfte gibt, die unter falscher Flagge wieder alte Konzeptionen, die in Theorie und Praxis abgewirtschaftet haben, neu zu beleben versuchen. In einer solchen Situation aber zeigt sich, ob man das Vertrauen zu sich selbst hat, dem Werdenden aus eigener Kraft Form und Gestalt zu geben - oder ob man vor lauter Bedenken, und Befürchtungen denen die Gestaltung der Zukunft überlässt, die immer wieder in der Vergangenheit versagt haben. Die Gewerkschaften haben mit nüchternem Sinn festgestellt, dass hier ein Vorschlag vorliegt, der ihren Vorstellungen von einer Neugestaltung der Wirtschaft und der Beziehungen zwischen den Völkern nahe kommt. Sie haben erklärt, dass dieser Vorschlag nur unvollkommen Auskunft über die Mittel zur Verwirklichung der ihm zu Grunde liegenden Idee gibt. Sie werden prüfen, wie man diese Gedanken verwirklichen kann und an der praktischen Arbeit so lange mitwirken, solange sie glauben können, dass man die Idee nicht verfälscht.

Das ist der einzige vernünftige Weg. Denn man kann und darf sich nicht der Verantwortung für die Verwirklichung seiner eigenen Forderungen entziehen - auch wenn sie vielleicht einmal zufällig von anderen in das Blickfeld der Welt gerückt werden.